

**Allgemeine Lieferbedingungen**

Stand: 30.06.2021

**Art. I: Anwendungsbereich**

Die nachfolgenden Bedingungen gelten für unsere sämtlichen Lieferungen und Leistungen an Unternehmer im Sinne des §14 BGB und juristische Personen des öffentlichen Rechtes oder öffentlich – rechtlichen Sondervermögen im Sinne von § 310 Abs. 1 BGB. Sie gelten nicht für Rechtsverhältnisse mit Verbrauchern im Sinne des §13BGB.

**Art. II: Ausschluss fremder allgemeiner Geschäftsbedingungen**

Für die Rechtsbeziehungen zwischen Lieferer und Besteller im Zusammenhang mit den Lieferungen und/oder Leistungen des Lieferers gelten ausschließlich diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bestellers gelten nur insoweit, als der Lieferer ihnen ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Die stillschweigende Ausführung von Lieferungen oder Erfüllung von Leistungen gegenüber dem Vertragspartner sowie die Annahme von Zahlungen an den Lieferer nach Erhalt der Geschäftsbedingungen des Bestellers bedeuten kein Einverständnis mit entgegenstehenden Bedingungen des Auftragnehmers.

**Art. III Angebot & Auftrag**

Unsere Angebote sind so lange unverbindlich, bis ein aufgrund des Angebotes erteilter Auftrag (Bestellung) von uns schriftlich bestätigt wird. Jeder Auftrag (Bestellung) bedarf zu seiner rechtsverbindlichen Annahme unserer schriftlichen Bestätigung. Sachgerechte technische und gestalterische Änderungen der bestellten Waren bleiben vorbehalten, soweit dadurch die technische Funktion, der gewöhnliche Gebrauch und der Wert der Ware nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt wird.

**Art. IV Incoterms 2020**

Für alle Lieferungen gilt Ex Works (Incoterms 2020) Neue Wiesen 12,78609 Tuningen als vereinbart. Die Verpackungskosten sind vom Besteller zu tragen.

**Art. V Eigentum, Nutzung, Eigentumsvorbehalt**

1. Die Gegenstände der Lieferungen (Vorbehaltsware) bleiben Eigentum des Lieferers bis zur Erfüllung sämtlicher ihm gegen den Besteller aus der Geschäftsverbindung zustehenden Ansprüche. Soweit der Wert aller Sicherungsrechte, die dem Lieferer zustehen, die Höhe aller gesicherten Ansprüche um mehr als 20 % übersteigt, wird der Lieferer auf Wunsch des Bestellers einen entsprechenden Teil der Sicherungsrechte freigeben; dem Lieferer steht die Wahl bei der Freigabe zwischen verschiedenen Sicherungsrechten zu.
2. Während des Bestehens des Eigentumsvorbehalts ist dem Besteller eine Verpfändung oder Sicherungsübereignung untersagt und die Weiterveräußerung nur Wiederverkäufern im gewöhnlichen Geschäftsgang und nur unter der Bedingung gestattet, dass der Wiederverkäufer von seinem Kunden Bezahlung erhält oder den Vorbehalt macht, dass das Eigentum auf den Kunden erst übergeht, wenn dieser seine Zahlungsverpflichtungen erfüllt hat. Veräußert der Besteller Vorbehaltsware weiter, so tritt er bereits jetzt seine künftigen Forderungen aus der Weiterveräußerung gegen seine Kunden mit allen Nebenrechten — einschließlich etwaiger Saldoforderungen — sicherungshalber an den Lieferer ab, ohne dass es weiterer besonderer Erklärungen bedarf. Wird die Vorbehaltsware zusammen mit anderen Gegenständen weiter veräußert, ohne dass für die Vorbehaltsware ein Einzelpreis vereinbart wurde, so tritt der Besteller denjenigen Teil der Gesamtpreisforderung an den Lieferer ab, der dem vom Lieferer in Rechnung gestellten Preis der Vorbehaltsware entspricht.
3. a) Dem Besteller ist es gestattet, die Vorbehaltsware zu verarbeiten oder mit anderen Gegenständen zu vermischen oder zu verbinden. Die Verarbeitung erfolgt für den Lieferer. Der Besteller verwahrt die dabei entstehende neue Sache für den Lieferer mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns. Die neue Sache gilt als Vorbehaltsware.  
b) Lieferer und Besteller sind sich bereits jetzt darüber einig, dass bei Verbindung oder Vermischung mit anderen, nicht dem Lieferer gehörenden Gegenständen dem Lieferer in jedem Fall Miteigentum an der neuen Sache in Höhe des Anteils zusteht, der sich aus dem Verhältnis des Wertes der verbundenen oder vermischten Vorbehaltsware zum Wert der übrigen Ware zum Zeitpunkt der Verbindung oder Vermischung ergibt. Die neue Sache gilt insoweit als Vorbehaltsware.  
c) Die Regelung über die Forderungsabtretung nach Nr. 3 gilt auch für die neue Sache. Die Abtretung gilt jedoch nur bis zur Höhe des Betrages, der dem vom Lieferer in Rechnung gestellten Wert der verarbeiteten, verbundenen oder vermischten Vorbehaltsware entspricht.

d) Verbindet der Besteller die Vorbehaltsware mit Grundstücken oder beweglichen Sachen, so tritt er, ohne dass es weiterer besonderer Erklärungen bedarf, auch seine Forderung, die ihm als Vergütung für die Verbindung zusteht, mit allen Nebenrechten sicherungshalber in Höhe des Verhältnisses des Wertes der verbundenen Vorbehaltsware zu den übrigen verbundenen Waren zum Zeitpunkt der Verbindung an den Lieferer ab.

4. Bis auf Widerruf ist der Besteller zur Einziehung abgetretener Forderungen aus der Weiterveräußerung befugt. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere bei Zahlungsverzug, Zahlungseinstellung, Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, Wechselprotest oder begründeten Anhaltspunkten für eine Überschuldung oder drohende Zahlungsunfähigkeit des Bestellers, ist der Lieferer berechtigt, die Einziehungsermächtigung des Bestellers zu widerrufen. Außerdem kann der Lieferer nach vorheriger Androhung unter Einhaltung einer angemessenen Frist die Sicherungsabtretung offenlegen, die abgetretenen Forderungen verwerten, sowie die Offenlegung der Sicherungsabtretung durch den Besteller gegenüber dem Kunden verlangen.  
Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Besteller den Lieferer unverzüglich zu benachrichtigen. Bei Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses hat der Besteller dem Lieferer unverzüglich die zur Geltendmachung seiner Rechte gegen den Kunden erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen auszuhändigen.  
Bei Pflichtverletzungen des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer nach erfolglosem Ablauf einer dem Besteller gesetzten angemessenen Frist zur Leistung neben der Rücknahme auch zum Rücktritt berechtigt; die gesetzlichen Bestimmungen über die Entbehrlichkeit einer Fristsetzung bleiben unberührt. Der Besteller ist zur Herausgabe verpflichtet. In der Rücknahme bzw. der Geltendmachung des Eigentumsvorbehaltes oder der Pfändung der Vorbehaltsware durch den Lieferer liegt kein Rücktritt vom Vertrag, es sei denn, der Lieferer hätte dies ausdrücklich erklärt.
5. Muster und Warenproben sind Eigentum des Lieferers. Kommt der Besteller in Zahlungsverzug, so ist der Lieferer berechtigt die Muster und Warenproben zurückzufordern. Muster und Warenproben dürfen nur zu Freigabetests, Support und zu Präsentationszwecken zur Verkaufunterstützung verwendet werden und dürfen nur in diesem Sinne mit anderen Produkten zu einem neuen Endprodukt vermischt, vermengt oder verbunden werden. Neue Endprodukte dienen ausschließlich des Testes der Funktion und der Betriebssicherheit. Solche Produkte dürfen nicht an Kunden des Bestellers ausgeliefert werden.
6. An Kostenvoranschlägen, Zeichnungen und anderen Unterlagen (im Weiteren: Unterlagen) behält sich der Lieferer seine eigentums- und urheberrechtlichen Nutzungs- und Verwertungsrechte uneingeschränkt vor. Die Unterlagen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Lieferers Dritten zugänglich gemacht werden und sind, wenn der Auftrag dem Lieferer nicht erteilt wird, diesem auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Unterlagen des Bestellers; diese dürfen jedoch solchen Dritten zugänglich gemacht werden, denen der Lieferer zulässigerweise Lieferungen übertragen hat.
7. An Standardsoftware und Firmware hat der Besteller das nicht ausschließliche Recht zur Nutzung mit den vereinbarten Leistungsmerkmalen in unveränderter Form auf den vereinbarten Geräten. Der Besteller darf ohne ausdrückliche Vereinbarung eine Sicherungskopie der Standardsoftware erstellen.

#### **Art. VI: Fristen für Lieferungen; Verzug**

1. Die Einhaltung von Fristen für Lieferungen setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Besteller zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen, sowie die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsbedingungen und sonstigen Verpflichtungen den Besteller voraus. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so verlängern sich die Fristen angemessen; dies gilt nicht, wenn der Lieferer die Verzögerung zu vertreten hat.
2. Ist die Nichteinhaltung der Fristen zurückzuführen auf
  - a. höhere Gewalt, z. B. Mobilmachung, Krieg, Terrorakte, Aufruhr, oder ähnliche Ereignisse (z. B. Streik, Aussperrung, Pandemien),
  - b. Virus- und sonstige Angriffe Dritter auf das IT-System des Lieferers, soweit diese trotz Einhaltung der bei Schutzmaßnahmen üblichen Sorgfalt erfolgten,
  - c. Hindernisse aufgrund von deutschen, US-amerikanischen sowie sonstigen anwendbaren nationalen, EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts oder aufgrund sonstiger Umstände, die vom Lieferer nicht zu vertreten sind, oder
  - d. nicht rechtzeitige oder ordnungsgemäße Belieferung des Lieferers, verlängern sich die Fristen angemessen.

3. Kommt der Lieferer in Verzug, kann der Besteller — sofern er glaubhaft macht, dass ihm hieraus ein Schaden entstanden ist — eine Entschädigung für jede vollendete Woche des Verzuges von je 0,5 %, insgesamt jedoch höchstens 5 % des Preises für den Teil der Lieferungen verlangen, der wegen des Verzuges nicht zweckdienlich verwendet werden konnte.
4. Sowohl Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen Verzögerung der Lieferung als auch Schadensersatzansprüche statt der Leistung, die über die in Nr. 3 genannten Grenzen hinausgehen, sind in allen Fällen verzögerter Lieferung, auch nach Ablauf einer dem Lieferer etwa gesetzten Frist zur Lieferung, ausgeschlossen. Dies gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird. Vom Vertrag kann der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nur zurücktreten, soweit die Verzögerung der Lieferung vom Lieferer zu vertreten ist. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.
5. Der Besteller ist verpflichtet, auf Verlangen des Lieferers innerhalb einer angemessenen Frist zu erklären, ob er wegen der Verzögerung der Lieferung vom Vertrag zurücktritt oder auf der Lieferung besteht.
6. Werden Versand oder Zustellung auf Wunsch des Bestellers um mehr als einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft verzögert, kann dem Besteller für jeden weiteren angefangenen Monat Lagergeld in Höhe von 0,5 % des Preises der Gegenstände der Lieferungen, höchstens jedoch insgesamt 5 %, berechnet werden. Der Nachweis höherer oder niedrigerer Lagerkosten bleibt den Vertragsparteien unbenommen.
7. Teillieferungen sind zulässig, soweit sie dem Besteller zumutbar sind.

#### **Art. VII Wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Bestellers**

Tritt nach Vertragsabschluss eine wesentliche Verschlechterung in den Vermögens- und/oder Liquiditätsverhältnissen des Bestellers ein, oder werden solche bereits vor Vertragsabschluss vorhandenen Umstände nachträglich bekannt, können wir nach unserer Wahl vom Vertrag zurücktreten oder sofortige Barzahlung sämtlicher offener Rechnungen verlangen, auch wenn die Rechnungsbeträge vorher ganz oder teilweise gestundet oder durch Wechsel bezahlt waren. Als eine solche Verschlechterung sind insbesondere die schlechtere Bonitätseinstufung einer Wirtschaftsauskunftei, Wechsel oder Scheckproteste, Pfändungen, Zahlungseinstellung, Eröffnung eines Insolvenzverfahrens sowie die Ablehnung der Eröffnung mangels Masse anzusehen. Für den Fall, dass wir trotz Vermögensverschlechterung nicht vom Vertrag zurücktreten, liefern wir nur noch Zug um Zug gegen Bezahlung, bei größeren Bestellungen nur gegen Vorkasse.

#### **Art. VIII: Entgegennahme**

Der Besteller darf die Entgegennahme von Lieferungen wegen unerheblicher Mängel nicht verweigern.

#### **Art. IX: Sachmängel**

Für Sachmängel haftet der Lieferer wie folgt:

1. Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind nach Wahl des Lieferers unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die einen Sachmangel aufweisen, sofern dessen Ursache bereits zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.
2. Ansprüche auf Nacherfüllung verjähren in 12 Monaten ab gesetzlichem Verjährungsbeginn; Entsprechendes gilt für Rücktritt und Minderung. Diese Frist gilt nicht:
  - soweit das Gesetz gemäß 55 438 Abs. 1 Nr. 2 (Bauwerke und Sachen für Bauwerke) und 634a Abs. 1 Nr. 2 (Baumängel) BGB längere Fristen vorschreibt,
  - bei Vorsatz,
  - bei arglistigem Verschweigen des Mangels, sowie
  - bei Nichteinhaltung einer Beschaffenheitsgarantie.Aufwendungsersatzansprüche des Bestellers gemäß § 445a BGB (Rückgriff des Verkäufers) verjähren ebenfalls in 12 Monaten ab gesetzlichem Verjährungsbeginn, vorausgesetzt der letzte Vertrag in der Lieferkette ist kein Verbrauchsgüterkauf. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt.
3. Mängelrügen des Bestellers haben unverzüglich schriftlich zu erfolgen.

4. Bei Mängelansprüchen dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang zurückbehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen. Ein Zurückbehaltungsrecht des Bestellers besteht nicht, wenn seine Mängelansprüche verjährt sind. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Lieferer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu verlangen.
5. Dem Lieferer ist Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu gewähren.
6. Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Besteller - unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche gemäß Nr. 10 - vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.
7. Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, bei natürlicher Abnutzung oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel, mangelhafter Bauarbeiten, ungeeigneten Baugrundes oder die aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind, sowie bei nicht reproduzierbaren Softwarefehlern. Werden vom Besteller oder von Dritten unsachgemäße Änderungen, Ein-/Ausbau- oder Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, so bestehen für diese und die daraus entstehenden Folgen ebenfalls keine Mängelansprüche.
8. Ansprüche des Bestellers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen sind insoweit ausgeschlossen, als die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Bestellers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht seinem bestimmungsgemäßen Gebrauch. Dies gilt entsprechend für Aufwendungsersatzansprüche des Bestellers gemäß 5 445a BGB (Rückgriff des Verkäufers), vorausgesetzt der letzte Vertrag in der Lieferkette ist kein Verbrauchsgüterkauf.
9. Rückgriffsansprüche des Bestellers gegen den Lieferer gemäß 5 445a BGB (Rückgriff des Verkäufers) bestehen nur insoweit, als der Besteller mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat.
10. Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen. Dies gilt nicht bei arglistigem Verschweigen des Mangels, bei Nichteinhaltung einer Beschaffenheitsgarantie, bei Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Lieferers. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden. Weitergehende oder andere als in diesem Art. IX geregelten Ansprüche des Bestellers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.

**Art. X: Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte; Rechtsmängel**

1. Sofern nicht anders vereinbart, ist der Lieferer verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferorts ohne Verletzung von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (im Folgenden: Schutzrechte) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom Lieferer erbrachte vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Besteller berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der in Art. IX Nr. 2 bestimmten Frist wie folgt:
  - a. Der Lieferer wird nach seiner Wahl auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das Schutzrecht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies dem Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.
  - b. Die Pflicht des Lieferers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach Art. XII.
  - c. Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferers bestehen nur, soweit der Besteller den Lieferer über die vom Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Besteller die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.
2. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.
3. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Bestellers, durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird,

dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird.

4. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Nr.1a) geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen des Art. IX Nr. 4, 5, 8 und 9 entsprechend.
5. Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen des Art. IX entsprechend.
6. Weitergehende oder andere als die in diesem Art. X geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.

**Artikel XI: Erfüllungsvorbehalt**

1. Die Vertragserfüllung steht unter dem Vorbehalt, dass keine Hindernisse aufgrund von deutschen, US-amerikanischen sowie sonstigen anwendbaren nationalen, EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts sowie keine Embargos oder sonstige Sanktionen entgegenstehen.
2. Der Besteller ist verpflichtet, alle Informationen und Unterlagen beizubringen, die für die Ausfuhr, Verbringung bzw. Einfuhr benötigt werden.

**Art. XII: Unmöglichkeit; Vertragsanpassung**

1. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Lieferer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Bestellers auf 10 % des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der Unmöglichkeit nicht zweckdienlich verwendet werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.
2. Sofern Ereignisse im Sinne von Art. VI Nr. 2 a) bis c) die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferung erheblich verändern oder auf den Betrieb des Lieferers erheblich einwirken, wird der Vertrag unter Beachtung von Treu und Glauben angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht dem Lieferer das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten. Gleiches gilt, wenn erforderliche Ausfuhrgenehmigungen nicht erteilt werden oder nicht nutzbar sind. Will er von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch machen, so hat er dies nach Erkenntnis der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Besteller mitzuteilen, und zwar auch dann, wenn zunächst mit dem Besteller eine Verlängerung der Lieferzeit vereinbart war.

**Art. XIII: Sonstige Schadensersatzansprüche**

1. Soweit nicht anderweitig in diesen AGB geregelt, sind Schadensersatzansprüche des Bestellers, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, ausgeschlossen.
2. Dies gilt nicht, soweit wie folgt gehaftet wird:
  - a. nach dem Produkthaftungsgesetz,
  - b. bei Vorsatz,
  - c. bei grober Fahrlässigkeit von Inhabern, gesetzlichen Vertretern oder leitenden Angestellten,
  - d. bei Arglist,
  - e. bei Nichteinhaltung einer übernommenen Garantie,
  - f. wegen der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, oder
  - g. wegen der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.

Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht ein anderer der vorgenannten Fälle vorliegt.

3. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.
4. Der Besteller kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

#### **Art. XIV. Reparaturen**

1. Wir sind berechtigt, Kosten für die Erstellung eines Kostenvoranschlages vom Kunden zu verlangen.
2. Abweichungen von Kostenvoranschlägen für Reparaturen um bis zu 20 % sind ohne Rücksprache mit dem Kunden bei ordnungsgemäßer Reparatur zulässig.
3. Die Durchführung der Reparatur erfolgt nach dem jeweiligen Stand der Technik. Wir sind bemüht, zu reparierende Gegenstände in den Zustand zu versetzen, der dem Original entspricht. Wir sind berechtigt, Nachbauersatzteile heutiger Produktion ohne Rücksprache mit dem Kunden zu verwenden.
4. Eine vom Originalzustand abweichende Reparatur bedarf der schriftlichen Vereinbarung.
5. Ausgebaute Teile werden unser Eigentum.
6. Die Rücksendung der zur Reparatur oder zur Erstellung eines Kostenvoranschlages uns übersandten Gegenstände erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Kunden. Rücksendekosten sind vom Kunden zu tragen, auch im Falle der Rücksendung unreparierter Gegenstände.
7. Auf Wunsch des Kunden wird auf seine Kosten der Hin- und Rücktransport gegen die versicherbaren Transportgefahren, wie z.B. Diebstahl, Bruch, Feuer, versichert. Während der Reparaturzeit im Werk von Graf-Syteco besteht Versicherungsschutz.
8. Der Kunde ist verpflichtet, vertragsgemäße Leistungen unverzüglich bzw. spätestens 5 Werktagen nach Zugang der Mitteilung über die Fertigstellung durch uns abzunehmen. Mit dem Ablauf dieser Frist gilt die Leistung als abgenommen, ohne dass es einer weiteren Fristsetzung durch uns bedarf, vorausgesetzt, die Mitteilung zur Fertigstellung an den Kunden enthält einen Hinweis auf die Frist und den Fristbeginn sowie die Abnahmefiktion bei Fristablauf. Liegt ein unwesentlicher Mangel vor, so kann der Kunde die Abnahme nicht verweigern.
9. Die Gewährleistung bei Reparaturen beträgt für eingebaute Neuteile 12 Monate ab Abnahmedatum.
10. Im Falle der Beschädigung, Zerstörung oder des Abhandenkommens der uns zur Reparatur, überlassenen Geräte tritt unsere Ersatzpflicht nur ein, soweit wir den Schaden zu vertreten haben. Unsere Ersatzpflicht beschränkt sich dabei auf die Beschaffung einer gleichartigen und gleichwertigen Sache aus unserem Gerätebestand, wobei bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen ein Wertabzug neu für alt vorgenommen wird.

#### **Art. XV Gerichtsstand und anwendbares Recht**

1. Alleiniger Gerichtsstand ist, wenn der Besteller Kaufmann ist, bei allen aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar sich ergebenden Streitigkeiten der Sitz des Lieferers. Der Lieferer ist jedoch auch berechtigt, am Sitz des Bestellers zu klagen.

#### **Art. XVI Rechtswahl, Sprachwahl, Gerichtsstand**

1. Dieser Vertrag einschließlich seiner Auslegung unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
2. Die Vertragssprache ist Deutsch. Es gilt ausschließlich die deutsche Fassung der allgemeinen Geschäftsbedingungen. Die englische Version dient ausschließlich der Information.
3. Gerichtsstand ist, wenn der Besteller Kaufmann ist, unabhängig vom Erfüllungsort bei allen sich ergebenden Streitigkeiten das für 78609 Tübingen örtlich zuständige Gericht. Unberührt davon bleibt das Recht des Lieferers, den Vertragspartner am Sitz der Zweigniederlassung des Lieferers oder an seinem allgemeinen Gerichtsstand zu verklagen.

#### **Art. XVII Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder infolge Änderung der Gesetzeslage oder durch höchstrichterliche Rechtsprechung oder auf andere Weise ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig werden oder weisen diese Bedingungen Lücken auf, so sind sich die Parteien darüber einig, dass die übrigen Bestimmungen der Bedingungen davon unberührt und gültig bleiben. Für diesen Fall verpflichten

sich die Vertragsparteien, unter Berücksichtigung des Grundsatzes von Treu und Glauben an Stelle der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt und von der anzunehmen ist, dass die Parteien sie zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder Nichtigkeit gekannt oder vorhergesehen hätten. Entsprechendes gilt, falls diese Bedingungen eine Lücke enthalten sollte.

**Article I: Scope of application**

The following conditions apply to all our deliveries and services to entrepreneurs within the meaning of Section 14 of the German Civil Code (BGB) and legal entities under public law or special funds under public law within the meaning of Section 310 (1) BGB. They do not apply to legal relationships with consumers within the meaning of §13BGB.

**Article II: Exclusion of other general terms and conditions**

Legal relations between Supplier and Purchaser in connection with supplies and/or services of the Supplier (hereinafter referred to as "Supplies") shall be solely governed by the present Purchaser's general terms. The Purchaser's general terms and conditions shall apply only if expressly accepted by the Supplier in writing. The tacit execution of deliveries or performance of services to the contractual partner as well as the acceptance of payments to the supplier after receipt of the terms and conditions of the customer do not constitute an agreement with conflicting conditions of the contractor.

**Article III: Offer & Order**

Our offers are non-binding until we have confirmed an order (purchase order) based on the offer in writing. Every order (purchase order) requires our written confirmation for its legally binding acceptance. We reserve the right to make appropriate technical and design changes to the goods ordered, provided that the technical function, normal use and value of the goods are not or only insignificantly impaired.

**Article IV: Incoterms 2020**

For all deliveries, Ex Works (Incoterms 2020) Neue Wiesen 12.78609 Tuningen applies as agreed. The customer has to take over the packaging costs.

**Article V: Property, use, retention of title**

1. The items pertaining to the Supplies ("Retained Goods") shall remain the Supplier's property until each and every claim the Supplier has against the Purchaser on account of the business relationship has been fulfilled. If the combined value of the Supplier's security interests exceeds the value of all secured claims by more than 20 %, the Supplier shall release a corresponding part of the security interest if so requested by the Purchaser; the Supplier shall be entitled to choose which security interest it wishes to release.
2. For the duration of the retention of title, the Purchaser may resale shall be possible only for resellers in the ordinary course of their business and only on condition that the reseller receives payment from its customer or makes the transfer of property to the customer dependent upon the customer fulfilling its obligation to effect payment. Should Purchaser resell Retained Goods, it assigns to the Supplier, already today, all claims it will have against its customers out of the resale, including any collateral rights and all balance claims, as security, without any subsequent declarations to this effect being necessary. If the Retained Goods are sold on together with other items and no individual price has been agreed with respect to the Retained Goods, Purchaser shall assign to the Supplier such fraction of the total price claim as is attributable to the price of the Retained Goods invoiced by Supplier.
3. (a) Purchaser may process, amalgamate or, combine Retained Goods with other items. Processing is made for Supplier. Purchaser shall store the new item thus created for Supplier, exercising the due care of a diligent business person. The new items are considered as Retained Goods.  
(b) Already today, Supplier and Purchaser agree that if Retained Goods are combined or amalgamated with other items that are not the property of Supplier, Supplier shall acquire co-ownership in the new item in proportion of the value of the Retained Goods combined or amalgamated to the other items at the time of combination or amalgamation. In this respect, the new items are considered as Retained Goods.  
(c) The provisions on the assignment of claims according to No. 3 above shall also apply to the new item. The assignment, however, shall only apply to the amount corresponding to the value invoiced by Supplier for the Retained Goods that have been processed, combined or amalgamated.  
(d) Where Purchaser combines Retained Goods with real estate or movable goods, it shall, without any further



declaration being necessary to this effect, also assign to Supplier as security its claim to consideration for the combination. Including all collateral rights for the prorata amount of the value the combined Retained Goods have on the other combined items at the time of the combination.

4. Until further notice, Purchaser may collect assigned claims relating to the resale. Supplier is entitled to withdraw Purchaser's permission to collect funds for good reason, including, but not limited to delayed payment, suspension of payments, start of insolvency proceedings, protest or justified indications for over-indebtedness or pending insolvency of Purchaser. In addition, Supplier may, upon expiry of an adequate period of notice disclose the assignment, realize the claims assigned and demand that Purchaser informs its customer of the assignment.

The Purchaser shall inform the Supplier forthwith of any seizure or other act of intervention by third parties. If a reasonable interest can be proven. Purchaser shall, without documents necessary to assert the claims it has against its customers.

Where the Purchaser fails to fulfill its duties, fails to make payment due, or otherwise violates its obligations the Supplier shall be entitled to rescind the contract and take back the Retained Goods in the case of continued failure following expiry of a reasonable remedy period set by the Supplier; the statutory provisions providing that a remedy period is not needed shall be unaffected. The Purchaser shall be obliged to return the Retained Goods. The fact that the Supplier takes back Retained Goods and/or exercises the retention of title, or has the Retained Goods seized, shall not be construed to constitute a rescission of the contract, unless the Supplier so expressly declares.

5. Samples are the property of the supplier. If the customer defaults on payment, the supplier is entitled to request the return of the samples. Samples may only be used for approval tests, support and for presentation purposes for sales support and may only be mixed, blended or combined with other products to form a new end product in this sense. New end products are only used to test function and operational safety. Such products may not be delivered to customers of the purchaser.
6. The supplier reserves the unrestricted property and copyright rights of use and exploitation of cost estimates, drawings and other documents (hereinafter: documents). The documents may only be made available to third parties with the prior consent of the supplier and must be returned to the supplier immediately upon request if the order is not placed with the supplier. Sentences 1 and 2 apply accordingly to the purchaser's documents; however, these may be made available to third parties to whom the supplier has authorized deliveries.
7. The customer has the non-exclusive right to use standard software and firmware with the agreed performance characteristics in unchanged form on the agreed devices. The customer may make a backup copy of the standard software without an express agreement.

#### **Article VI: Time for Supplies; Delay**

1. Times set for Supplies shall only be binding if all documents to be furnished by the Purchaser, necessary permits and approvals, especially concerning plans, are received in time and if agreed terms of payment and other obligations of the Purchaser are fulfilled. If these conditions are not fulfilled in time, times set shall be extended reasonably; this shall not apply if the Supplier is responsible for the delay.
2. If non-observance of the times set is due to:
  - a. force majeure, such as mobilization, war, terror attacks, rebellion or similar events (e. g. strike or lockout, pandemic);
  - b. Virus attacks or other attacks on the Supplier's IT systems occurring despite protective measures were in place that complied with the principles of proper care;
  - c. hindrances attributable to German, US or otherwise applicable national, EU or international rules of foreign trade law or to other circumstances for which Supplier is not responsible; or
  - d. the fact that Supplier does not receive its own supplies in due time or in due form such times shall be extended accordingly.

3. If the Supplier is responsible for the delay (hereinafter referred to as "Delay") and the Purchaser has demonstrably suffered a loss therefrom, the Purchaser may claim a compensation as liquidated damages of 0.5 % for every completed week of delay, but in no case more than a total of 5 % of the price of that part of the Supplies which due to the delay could not be put to the intended use.
4. Purchaser's claims for damages due to delayed Supplies as well as claims for damages in lieu of performance exceeding the limits specified in No. 3 above are excluded in all cases of delayed Supplies, even upon expiry of a time set to the Supplier to effect the Supplies. This shall not apply in cases of liability based on intent, gross negligence, or due to loss of life, bodily injury or damage to health. Rescission of the contract by the Purchaser based on statute is limited to cases where the Supplier is responsible for the delay. The above provisions do not imply a change in the burden of proof the detriment of the Purchaser.
5. At the Supplier's request, the Purchaser shall declare within a reasonable period of time whether it, due to the delayed Supplies, rescinds the contract or insists on the delivery of the Supplies.
6. If dispatch or delivery, due to Purchaser's request, is delayed by more than one month after notification of the readiness for dispatch was given, the Purchaser may be charged, for every additional month commenced, storage costs of 0.5 % of the price of the items of the Supplies, but in no case more than a total of 5 %. The parties to the contract may prove that higher or, as the case may be, lower storage costs have been incurred.
7. Partial deliveries are permitted as long as they are reasonable for the customer.

**Article VII: Significant deterioration in the customer's financial circumstances**

If, after the conclusion of the contract, there is a significant deterioration in the customer's financial and / or liquidity situation, or if circumstances that exist before the contract are concluded, we can either withdraw from the contract or demand immediate cash payment of all open invoices, even if the invoice amounts are paid beforehand were fully or partially deferred or paid by bill of exchange. Such a deterioration is in particular the poorer credit rating of a credit agency, bills of exchange or check protests, seizures, suspension of payments, opening of insolvency proceedings and the refusal to open due to lack of assets. In case that we do not withdraw from the contract despite the deterioration in assets, we will only deliver step by step against payment, for larger orders only against prepayment.

**Article VIII: Receiving Supplies**

The Purchaser shall not refuse to receive Supplies due to minor defects.

**Article IX: Defects as to Quality**

The Supplier shall be liable for defects as to quality ("Sachmängel", hereinafter referred to as "Defects",) as follows:

1. Defective parts or defective services shall be, at the Supplier's discretion, repaired, replaced or provided again free of Charge, provided that the reason for the Defect had already existed at the time when the risk passed.
2. Claims for repair or replacement are subject to a statute of limitations of 12 months calculated from the start of the statutory statute of limitations; the same shall apply mutatis mutandis in the case of rescission and reduction. This shall not apply:
  - where longer periods are prescribed by law according to Sec. 438 para. 1 No. 2 (buildings and things used for a building), and Sec. 634a para. 1 No. 2 (defects of a building) German Civil Code ("Bürgerliches Gesetzbuch"),
  - in the case of intent,
  - in the case of fraudulent concealment of the Defect or
  - non-compliance with guaranteed characteristic ("Beschaffheitsgarantie").

Claims for the reimbursement of expenses on the part of the Purchaser in accordance with Sec. 4458 BGB (entrepreneur's right of recourse) shall likewise be subject to a statute of limitations of 12 months from the start of the statutory statute of limitations, provided the last contract in the supply chain is not a sale of consumer

goods. The legal provisions regarding suspension of the statute of limitations ("Ablaufhemmung", "Hemmung") and recommencement of limitation periods shall be unaffected.

3. Notifications of Defect by the Purchaser shall be given in written form without undue delay.
4. In the case of claims for Defects, the Purchaser may withhold payments to an amount that is in a reasonable proportion to the Defect. The Purchaser has no right to withhold payments to the extent that its claim of a Defect is time-barred. Unjustified notifications of Defect shall entitle the Supplier to demand reimbursement of its expenses by the Purchaser.
5. The Supplier shall be given the opportunity to repair or to replace the defective good ("Nacherfüllung") within a reasonable period of time.
6. If repair or replacement is unsuccessful, the Purchaser is entitled to rescind the contract or reduce the remuneration; any claims for damages the Purchaser may have according to No. 10 shall be unaffected.
7. There shall be no claims based on Defect in cases of insignificant deviations from the agreed quality, of only minor impairment of usability, of natural wear and tear, or damage arising after the passing of risk from faulty or negligent handling, excessive strain, unsuitable equipment, defective civil works, inappropriate foundation soil, or claims based on particular external influences not assumed under the contract, or from non-reproducible software errors. Claims based on defects attributable to improper modifications, installation/removal, or repair work carried out by the Purchaser or third parties and the consequences thereof are likewise excluded.
8. The Purchaser shall have no claim with respect to expenses incurred in the course of supplementary performance, to the extent that expenses are increased because the subject—matter of the Supplies has subsequently been brought to another location than the Purchaser's branch office, unless doing so complies with the normal use of the Supplies. This applies accordingly to claims for the reimbursement of expenses on the part of the Purchaser in accordance with Sec. 445a BGB (entrepreneur's right of recourse), provided the last contract in the supply chain is not a sale of consumer goods.
9. The Purchaser's right of recourse against the Supplier pursuant Sec. 445a BGB (entrepreneur's right of recourse) is limited to cases where the Purchaser has not concluded an agreement with its customers exceeding the scope of the statutory provisions governing claims based on Defects.
10. The Purchaser shall have no claim for damages based on Defects. This shall not apply to the extent that a Defect has been fraudulently concealed, the guaranteed characteristics are not complied with, in the case of loss of life, bodily injury or damage to health, and/or intentionally or grossly negligent breach of contract on the part of the Supplier. The above provisions do not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser. Any other or additional claims of the Purchaser exceeding the claims provided for in this Article IX, based on a Defect, are excluded.

**Article X: Industrial Property Rights and Copyrights; Defects in Title**

1. Unless otherwise agreed, the Supplier shall provide the Supplies in the country of the place of delivery only, without infringing any third-party industrial property rights and copyrights (hereinafter referred to as "IPR"). If a third party asserts a justified claim against the Purchaser based on an infringement of an IPR by the Supplies made by the Supplier and used in conformity with the contract, the Supplier shall be liable to the Purchaser within the time period stipulated in Article IX No. 2 as follows:
  - a. The Supplier shall choose whether to acquire, at its own expense, the right to use the IPR with respect to the Supplies concerned or whether to modify the Supplies such that they no longer infringe the IPR or replace them. If this would be impossible for the Supplier under reasonable conditions, the Purchaser may rescind the contract or reduce the remuneration pursuant to the applicable statutory provisions;
  - b. The Supplier's liability to pay damages is governed by Article XII;

- c. The above-mentioned obligations of the supplier only exist insofar as the purchaser immediately informs the supplier in writing of the claims asserted by the third party, does not acknowledge a violation and the supplier reserves the right to take all countermeasures and settlement negotiations. If the customer makes use of the delivery for damage reduction or for other important reasons, he is obliged to point out to the third party that the cessation of use does not entail any acknowledgment of an infringement of property rights.
2. Claims of the Purchaser shall be excluded if it is responsible for the infringement of an IPR.
3. Claims of the Purchaser are also excluded if the infringement of the IPR is caused by specifications made by the Purchaser, by a type of use not foreseeable by the Supplier or by the Supplies being modified by the Purchaser or being used together with products not provided by the Supplier.
4. In addition, with respect to Claims by the Purchaser pursuant to No. 1 a) above, Article IX Nos. 4, 5, 8, and 9 shall apply mutatis mutandis in the event of an infringement of an IPR.
5. Where other defects in title occur, Article IX shall apply mutatis mutandis.
6. Any other Claims of the Purchaser against the Supplier or its agents or any such Claims exceeding the Claims provided for in this Article X, based on a defect in title, are excluded.

**Article XI: Conditional Performance**

1. The performance of this contract is conditional upon that no hindrances attributable to German, US or otherwise applicable national, EU or international rules of foreign trade law or any embargos or other sanctions exist.
2. The Purchaser shall provide any information and Documents required for export, transport and import purposes.

**Article XII: Impossibility of Performance; Adaptation of Contract**

1. To the extent that delivery is impossible, the Purchaser is entitled to claim damages, unless the Supplier is not responsible for the impossibility. The Purchaser's claim for damages is, however, limited to an amount of 10 % of the value of the part of the Supplies which, owing to the impossibility, cannot be put to the intended use. This limitation shall not apply in the case of liability based on intent, gross negligence or loss of life, bodily injury or damage to health; this does not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser. The Purchaser's right to rescind the contract shall be unaffected.
2. Where events within the meaning of Article VI No. 2 (a) to (c) substantially change the economic importance or the contents of the Supplies or considerably affect the Supplier's business, the contract shall be adapted taking into account the principles of reasonableness and good faith. To the extent this is not justifiable for economic reasons, the Supplier shall have the right to rescind the contract. The same applies if required export permits are not granted or cannot be used. If the Supplier intends to exercise its right to rescind the contract, it shall notify the Purchaser thereof without undue delay after having realized the repercussions of the event; this shall also apply even where an extension of the delivery period has previously been agreed with the Purchaser.

**Article XIII: Other Claims for Damages**

1. Unless otherwise provided for in the present terms and conditions, the Purchaser has no claim for damages based on whatever legal reason, including infringement of duties arising in connection with the contract or tort.
2. This does not apply if liability is based on:
  - a. the German Product Liability Act ("Produkthaftungsgesetz");
  - b. intent;
  - c. gross negligence on the part of the owners, legal representatives or executives;
  - d. fraud;
  - e. failure to comply with a guarantee granted;
  - f. negligent injury to life, limb or health; or
  - g. negligent breach of a fundamental condition of contract ("wesentliche Vertragspflichten").

However, claims for damages arising from a breach of a fundamental condition of contract shall be limited to the foreseeable damage, which is intrinsic to the contract, provided that no other of the above case applies.

3. The above provision does not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser.
4. The customer can only offset claims that are undisputed or have been legally established.

**Article XIV: Repairs**

1. We are entitled to demand costs for the preparation of a cost estimate from the customer.
2. Deviations from cost estimates for repairs by up to 20 % are permitted without consulting the customer in the case of proper repairs.
3. The repair is carried out according to the current state of the art. We endeavor to restore items to be repaired to the same condition as the original. We are entitled to use replica spare parts from today's production without consulting the customer.
4. Any repair that deviates from the original condition requires a written agreement.
5. Removed parts become our property.
6. The return of the items sent to us for repair or for the preparation of a cost estimate is at the expense and risk of the customer. Return costs are to be borne by the customer, also in the case of returning unrepaired items.
7. At the request of the customer, the outward and return transport against the insurable transport risks, such as theft, breakage, fire, insured. Insurance cover is available during the repair period in the Graf-Syteco factory.
8. The customer is obliged to accept contractual services immediately or at the latest 5 working days after we have received notification of completion. With the expiry of this period, the service is deemed to have been accepted without our needing to set a further deadline, provided that the notification of completion to the customer contains a reference to the deadline and the start of the deadline as well as the fictitious acceptance when the deadline expires. If there is an insignificant defect, the customer cannot refuse acceptance.
9. The warranty for repairs is 12 months from the date of acceptance for installed new parts.
10. In the event of damage, destruction or loss of the devices left to us for repair, our obligation to pay compensation only applies if we are responsible for the damage. Our obligation to pay compensation is limited to the

procurement of a similar and equivalent item from our equipment inventory, whereby a new value for old is deducted if the legal requirements are met.

**Article XV: Venue and Applicable law**

1. If the Purchaser is a businessman, sole venue for all disputes arising directly or indirectly out of the contract shall be the Supplier's place of business. However, the Supplier may also bring an action at the Purchaser's place of business.

**Article XIV: Choice of law, Language, Choice of jurisdiction**

1. This contract and its interpretation shall be governed by German law, to the exclusion of the United Nations Convention on contracts for the International Sale of Goods (CISG).
2. The contract language is German. The German version of the general terms and conditions applies exclusively. The English version is for information only.
3. Regardless of the place of performance, the place of jurisdiction for all disputes is – if the customer is a merchant - the local court for 78609 Tübingen. This does not affect the right of the supplier to take legal action against the contractual partner at the registered office of the supplier's branch or at his general place of jurisdiction.

**Article: XVII Severability clause**

Should individually provisions of this contract be wholly or partially ineffective or void or become wholly or partially ineffective or void as a result of a change in the legal situation or through highest court rulings or in any other way, or if these conditions contain loopholes, the parties agree that the other regulations of the conditions remain unaffected and valid. In this case, the contracting parties undertake, considering the principle of good faith, to replace the ineffective provision with an effective provision that comes as close as possible to the meaning and purpose of the ineffective provision and that is to be assumed by the parties at the time of the conclusion of the contract if they had known or foreseen the ineffectiveness or nullity. The same applies if these conditions should contain a loophole.